

Übersichten

Außenpolitik

*⁽¹⁾ China bei der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro

Vom 3. bis 14. Juni 1992 fand in Rio de Janeiro die "United Nations Conference on Environment and Development" (UNCED) statt, die in China bereits von langer Hand vorbereitet worden war. U.a. hatte die VRCh im Juni 1991 zu einer Ministerkonferenz von 41 Entwicklungsländern für Umwelt und Entwicklung nach Beijing geladen, bei der u.a. die "Beijing-Erklärung" angenommen wurde, die einen wesentlichen Bestandteil der Diskussionsunterlagen für die Rio-Konferenz abgaben.

Im April 1992 wurde in China außerdem der "Rat für internationale Kooperation in Fragen der Umwelt und Entwicklung" ins Leben gerufen (XNA, 22.4.92). Auch erklärte China immer wieder, daß es die Konferenz als einen Meilenstein in der Entwicklung des internationalen Systems betrachte.

Auch die Nachrichtenagentur Xinhua nahm sich im Vorfeld des Rio-Gipfels der Umweltfrage an und brachte am 6. und 7. Juni eine 12teilige "Umweltserie".

Ferner hat China versucht, durch eigenes gutes Beispiel voranzugehen und Eckdaten zu setzen, die zumindest für die Dritte Welt vorbildlich sein können. Danach waren i.J. 1990 74% aller Industrieanlagen bereits mit einem Filter versehen, und die Reinigung gefährlicher Industriegase erreichte 62% des Gesamtausstoßes. Der Holzeinschlag ging 1990 im Vergleich zu 1989 um 20% zurück. Mehr als die Hälfte der Provinzen konnte berichten, daß das Wachstum der Wälder in der Zwischenzeit den Holzeinschlag übertreffe. 1990 habe das Land 5,53 Mio. ha mit

Bäumen bepflanzt, so daß es jetzt eine Gesamtwaldfläche von 31 Mio. ha gebe. Jährlich soll diese Fläche um 5% anwachsen. Außerdem sei das Land damit beschäftigt, der Bodenerosion Einhalt zu gebieten, so daß 53 Mio. ha Ackerland erhalten blieben. Auch seien inzwischen 606 Naturschutzgebiete verschiedener Art mit einer Gesamtfläche von etwa 40 Mio. ha eingerichtet worden, so daß gefährdete Pflanzen und Tiere dort wirkungsvoller geschützt werden könnten.

Allerdings gebe es immer noch einen hohen Verbrauch an Rohmaterialien, Wasser und Energie und eine weitere Ausbreitung der Wüsten, die inzwischen 1,5 Mio. qkm bedeckten, also die Fläche des Ackerlandes bereits überträfen (RMRB, 2.5.92; XNA, 3.5.92).

Am 8. Juni 1992 hielt der Staatskommissar und Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, Song Jian, in Rio eine Rede, in der er den offiziellen chinesischen Standpunkt zur Umwelt- und Entwicklungsfrage erläuterte. Die Rede war maßvoll und ohne die von vielen erwarteten Seitenhiebe gegen die Industrieländer.

Song betonte, daß Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung zwei Seiten der gleichen Münze seien. Wirtschaftsentwicklung ohne Umweltberücksichtigung führe genauso zur ökologischen Katastrophe wie umgekehrt Umweltschutz ohne Wirtschaftsentwicklung, da der ökologische Schutz ja große finanzielle Mittel verschlinge.

Wirtschaftswachstum und Umweltschutz aber hätten ihrerseits wiederum keine Chance, wenn die Welt nicht in Frieden und Stabilität lebe. All diese Gesichtspunkte gehörten also zusammen.

China sei bereit, eine "neue globale Partnerschaft", wie sie im Entwurf der "Rio-Deklaration über Umwelt und

Entwicklung" vorgesehen sei, einzugehen. Voraussetzung dafür allerdings sei die Beachtung folgender Grundprinzipien:

(1) Hauptursachen für die Umweltzerstörung seien Armut und Unterentwicklung. Schutz des Ökosystems und wirtschaftliches Wachstum müßten folglich Hand in Hand gehen. Vor allem den entwickelten Ländern komme hierbei eine wichtige Aufgabe zu, und zwar in den Bereichen Handel, Schulen und Geldmittel (XNA, 9.6.92); ähnliche Gesichtspunkte waren bereits früher vorgetragen worden (XNA, 4.2.92).

(2) Die neue globale Partnerschaft müsse den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz folgen. Jedes Land müsse daher die Möglichkeit haben, ohne Einmischung von außen seinen eigenen Bedingungen zu folgen.

(3) Gemäß der Wirtschaftskraft hätten die verschiedenen Teilnehmer verschieden abgestufte Lasten und Pflichten auf sich zu nehmen.

(4) Im Zusammenhang mit der Umweltproblematik hätten die wohlhabenden Staaten mehr Geldmittel bereitzustellen und angemessene Technologietransfers vorzunehmen, da sonst die Zusammenarbeit im Bereich der Ökologie eine "Fata morgana" bliebe.

(5) Stets sei im Auge zu behalten, daß der Erdball als Ganzer geschützt werden müsse. Hier gebe es keine nationalen Grenzen mehr.

Zum Abschluß der Konferenz kam Ministerpräsident Li Peng persönlich nach Rio und hielt dort am 12. Juni eine Rede, in der die Gedankenführung Song Jians im wesentlichen wiederholt wurde.

Am 14. Juni wurden die "Rio Declaration" und die "Agenda 21" sowie zwei Konventionen über den Kampf gegen Klimaänderungen und über die Erhaltung der Artenvielfalt unterzeichnet. China beteiligte sich als einer von insgesamt 64 Unterzeichnerstaaten an der Zeremonie.

Daß vor allem die USA viele der Bestimmungen nicht mittragen wollten, wurde von chinesischer Seite nicht zum Anlaß von Polemiken genommen. Offensichtlich ging man chinesischerseits davon aus, daß das amerikanische Verhalten für sich selbst spreche. -we-

*(2)

Die 48. ESCAP-Sitzung in Beijing

Vom 14. bis 23. April fand in Beijing die 48. Sitzung der UN Economic Social Commission for Asia and the Pacific (ESCAP) statt.

Die ESCAP wurde 1947 unter dem Namen ECAFE (Economic Commission for Asia and Far East) in Shanghai gegründet, also zu einer Zeit, da noch die GMD in China regierte. Der ständige Sitz der ESCAP ist heutzutage Bangkok. Die Aufgaben der Organisation bestehen darin, das Wirtschaftswachstum und den Lebensstandard der asiatisch-pazifischen Staaten zu fördern, die regionale Kooperation unter den Mitgliedsländern zu unterstützen und die Regierungen bei der Planung und Durchführung von Entwicklungsprogrammen zu beraten. Ihre Aufgaben sind also, wie der Name schon sagt, wirtschaftlicher und sozialer Natur.

An der Beijinger Tagung nahmen 40 Mitglieder teil.

Li Peng hielt am 14. April die Einleitungsrede. Eine zweite Rede wurde von Außenminister Qian Qichen gehalten.

Beide wiesen darauf hin, daß die wirtschaftliche Rezession in einigen Industrieländern dazu geführt habe, daß die Absatzmärkte für asiatische Staaten zurückgegangen seien und daß sich die Länder deshalb verstärkt auf ihre eigene Region und ihre eigene Kraft besinnen müßten. Dafür gebe es vier günstige Bedingungen: (1) Der asiatisch-pazifische Raum sei in den 80er Jahren zur weltweit am dynamischsten wachsenden Region entwickelt. Dadurch wurde (2) das internationale Gewicht der Region weltweit bedeutend verstärkt. Mit der politischen Lösung der Kambodscha-, der Korea- und der Afghanistan-Frage seien (3) günstige Bedingungen für das weitere Wachstum geschaffen. Deshalb hätten (4) die interregionalen Wirtschaftsaktivitäten, insbesondere im Bereich des Handels, der Investitionen und des Technologietransfers, in den letzten Jahren innerregional immer schneller zunehmen können.

China sei bereit, sich diesen Bemühungen anzuschließen (XNA, 14. und 15.4.92).

Am 23. April nahm die ESCAP insgesamt 12 Resolutionen an. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang war die "Beijing Declaration on Enhancing Regional Economic Cooperation" (XNA, 24.4.92). -we-

*(3)

Wird China schon bald Mitglied des GATT?

1947 schlossen 23 Staaten, darunter auch die damalige Republik China, in Genf das "Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen", in dem vereinbart wurde, Handelshemmnisse abzubauen und Diskriminierungen zu beseitigen. Art.1 enthält den Grundsatz der allgemeinen Meistbegünstigung, demzufolge Handelsvergünstigungen (z.B. bei Zöllen, die ein GATT-Mitglied einem Dritten einräumt) auf sämtliche GATT-Mitglieder ausgedehnt werden müssen. Mengenmäßige Beschränkungen sollen nur in Ausnahmefällen, z.B. bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten, erlaubt sein. Der Schutz der inländischen Industrien sei grundsätzlich nur in Form von Zöllen zulässig. Streitigkeiten seien im Wege von Konsultationen und friedlichen Bereinigungen zulässig. Im Kern legte das Abkommen einen Verhaltenskodex für den internationalen Handel fest, der allerdings mit zahlreichen Ausnahmeklauseln durchsetzt war.

Nach Gründung der VR China gab es de facto zwei chinesische Staaten, von denen Taiwan in die GATT-Position Chinas einrückte.

Nach dem Ausschluß Taiwans aus der UNO i.J. 1971 gab es auch im GATT für China einen leeren Stuhl.

1981 nahmen erstmals Vertreter der VR China an Sitzungen des GATT teil, und zwar anlässlich der Verhandlungen über das dritte Abkommen für den internationalen Textilwarenhandel. Im Januar 1984 unterzeichnete Beijing dieses Abkommen, so daß die VRCH damit Mitglied des GATT-Ausschusses für Textilwaren wurde.

Seit 1982 schickte China regelmäßig Beobachter zu Konferenzen von GATT-Mitgliedstaaten.

1984 beteiligten sich Chinas Beobachter an den Sitzungen des GATT in Genf.

Am 10.7.1986 stellte die chinesische Regierung einen Antrag auf "Wiederherstellung" des Status' Chinas innerhalb des GATT.

Im Februar 1987 übergab die chinesische Regierung dem GATT ein Memorandum über Chinas Außenhandel und beteiligte sich zum ersten Mal an multilateralen Verhandlungen unter dem Vorsitz von GATT.

Im März 1987 gründete GATT eine China-Arbeitsgruppe, die sich ausschließlich mit dem Problem der "Wiederherstellung" des chinesischen GATT-Sitzes beschäftigte. Zwischen 1988 und April 1989 hielt die China-Arbeitsgruppe sechs Sitzungen ab, in denen das chinesische Außenhandelsystem auf seine Vereinbarung mit den GATT-Prinzipien überprüft wurde.

Die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz vom 4. Juni 1989 änderten dann schlagartig die positive Stimmung gegenüber Beijing und führten zu einem Abbruch der Gespräche und der Sitzungen des China-Ausschusses.

Erst im 2. Halbjahr 1990 gab es wieder erste Initiativen der EG, Kanadas, Japans und der nordeuropäischen Staaten, die Verhandlungen über die chinesische GATT-Mitgliedschaft wieder aufzunehmen. Diese Verhandlungen begannen dann in der Tat erneut im 2. Halbjahr 1991.

Im Februar 1992 fand in Genf die 10. Sitzung der GATT-Arbeitsgruppe China statt, an der auch eine chinesische Regierungsdelegation teilnahm.

Sie berichtete, daß China seit dem 4. Juni 1989 in seinen Bemühungen, die Wirtschaftspolitik den Marktregeln anzupassen, keineswegs aufgehört habe.

In der Binnenwirtschaft habe es weitere Liberalisierungsmaßnahmen gegeben, so z.B. eine Konsolidierung des vertragsgebundenen Verantwortlichkeitssystems der Betriebe, neue Betriebsmechanismen und eine Verbindung zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft mit weniger imperativer Planung. Auch die Inflation sei unter Kontrolle gebracht worden, und im 8. Fünfjahresplan (1991-95) solle eine Politik weiterer Reform und Öffnung betrieben werden. 1992 solle ein Betriebsgesetz ergehen, das den Marktprinzipien noch stärker Rechnung trage.

Auch die Außenhandelsstruktur sei den GATT-Prinzipien angepaßt worden. Inzwischen gebe es beispielsweise größere Befugnisse für den Außenhandel der Regionen. Ferner sei das vertragsgebundene Verantwortlichkeitssystem auch in den Außenwirtschaftsunternehmen eingeführt worden, und darüber hinaus habe es weitere Verbesserungen der Betriebsautonomie sowie bei der Aufhebung von Exportsubventionen gegeben. Auch sonst seien überall GATT-gemäße Strukturen eingerichtet worden, so z.B. durch Verordnung des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel vom 18. Januar 1992:

- Im Informationsbereich habe China dem GATT nahezu alle Informationen unterbreitet, die die Mitgliedstaaten zu ihrer Orientierung bräuchten. Interne Dokumente über die Im- und Exportkontrollen seien gerade veröffentlicht worden und würden demnächst ins Englische übersetzt.

- Laufend erhöhe sich ferner das Importvolumen, so z.B. 1991 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 19,5%. Dies sei ein Beweis für die Bereitschaft Chinas, den Markt weiter zu öffnen und die Strukturen transparenter zu gestalten.

- Ferner habe China seine Zollsätze für 50 Produkte reduziert. 1992 würden die Zollsätze für weitere 175 Waren verringert. Seit dem 1. April 1992 seien in China sämtliche Ausgleichsabgaben beim Import abgeschafft worden; auch nichttarifäre Hindernisse würden laufend beseitigt, so z.B. die bisher üblichen Prüflisten für den Import von Produkten der Maschinenbau- und Elektroindustrie. Demnächst sollen auch die Listen für Importsubstitutionen abgeschafft werden. Beim Import von Produkten der Maschinenbau- und Elektronikindustrie werde demnächst ein Ausschreibungssystem eingeführt.

- Liberalisierung auch bei der Außenhandelsplanung: Die Betriebe sollen künftig eigenverantwortlich für Gewinn und Verlust sein. Der Export werde nicht mehr durch Direktivplan geregelt. Ferner werde das durch Direktivplan geregelte Importvolumen demnächst auf ein Fünftel reduziert; auch hierbei freilich werde nur noch das Gesamtvolumen vorgeschrieben, nicht mehr dagegen die konkrete Durchführung.

- Auch im Devisenbereich sollen GATT-adäquate Liberalisierungsmaßnahmen verwirklicht werden. Vor allem soll langfristig der staatlich kontrollierte und der marktbestimmte Devisenkurs immer näher zusammengeführt werden. Schon jetzt habe sich die Differenz zwischen beiden auf 8% verringert - mit abnehmender Tendenz.

- Ferner sei China dabei, ein "Außenhandelsgesetz" zu erlassen, das den GATT-Prinzipien zum Durchbruch verhelfen soll.

Was Taiwan anbelange, so habe Taipei im Januar 1990 einen Antrag auf GATT-Mitgliedschaft gestellt.

Die VR China nehme dazu folgenden Standpunkt ein: Es müsse anerkannt werden, daß die VRCh die einzig legitime Regierung Chinas sei. Sobald Chinas Status als GATT-Signatarstaat "wiederhergestellt" sei, solle Taiwan mit der Regierung der VR China in Beratungen eintreten und sich dort die Genehmigung erteilen lassen, als selbständige Zollzone dem GATT beitreten zu dürfen. Beijing werde dann der Mitgliedschaft Taiwans keine Hindernisse mehr in den Weg legen.

Gerade dies ist freilich ein Weg, der für die RCh nach wie vor unannehmbar bleibt, will sie sich nicht den Teppich unter den eigenen Füßen wegziehen! -we-

* (4)

Zusammenarbeit mit Rußland - aber auch Unbehagen

China, das durch den schnellen Zerfall der Sowjetunion offensichtlich in Verlegenheit geraten ist, so daß man manchmal den Eindruck hat, der Fortbestand der alten UdSSR wäre ihm lieber gewesen, versucht, so undogmatisch wie möglich mit dem neuen Staatenmosaik auf dem Gebiet der einstigen Sowjetunion zurechtzukommen. Besorgnis bereitet dabei u.a. der Ländergewinn Taiwans, das inzwischen mit Lettland offizielle Beziehungen hat aufnehmen können und das im Begriff ist, auch an anderen Stellen Einbrüche zu erzielen.

Das Hauptinteresse Beijings gilt logischerweise dem mit Abstand größten Staat der GUS, nämlich Rußland, das,

was sein außenpolitisches Gewicht anbelangt, für China de facto zum Nachfolger der UdSSR geworden ist.

Moskau und Beijing verhandeln auf verschiedenen Ebenen.

- Da ist einmal die Grenzfrage: Im Mai 1991 war ein einschlägiger Vertrag über 4.300 km Ostgrenze zwischen der früheren UdSSR und China unterzeichnet worden, der im Februar 1992 sowohl von Rußland als auch vom NVK der VR China ratifiziert wurde (XNA, 14. und 21.2.92).

Einige Probleme ergeben sich daraus, daß an die Stelle der UdSSR mittlerweile vier Anrainer der VR China getreten sind, nämlich Rußland, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan. In der Zwischenzeit haben alle vier Republiken Konsultationen mit der VR China aufgenommen. Sie wollen eine gemeinsame Delegation bei der Fortsetzung der Besprechungen zusammenstellen, wobei es vor allem um die Westgrenze geht (XNA, 4.4.92).

- Eine weitere Verhandlungsrunde gilt der Truppenreduzierung im gemeinsamen Grenzbereich. Vom 21. März bis 16. April fand zu diesem Zweck in Beijing die 6. Runde der Truppenreduzierungsgespräche statt, und zwar, wie es in einer chinesischen Verlautbarung hieß, in "einer freundlichen und praktischen Atmosphäre". Dabei seien "gewisse Erfolge" erzielt worden. Die nächste Runde solle vereinbarungsgemäß in Moskau stattfinden (XNA, 17.4.92).

- Daneben kommt es zu den normalen Regierungskontakten. So besuchte beispielsweise der russische Außenminister Kozyrew am 16. und 17. März 1992 Beijing und führte dort Verhandlungen mit seinem Amtskollegen Qian Qichen.

Beide Seiten betonten, daß die bisher vereinbarten zwei "sino-sowjetischen Gemeinsamen Kommuniqués" die Prinzipien für die bilateralen Beziehungen abgaben. Vor allem handle es sich hier um die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" (XNA, 17.3.92).

Qian Qichen gab in diesem Zusammenhang bekannt, daß die chinesische Regierung die Provinz Heilongjiang und die Innere Mongolei damit beauf-

tragt habe, mit den entsprechenden russischen Grenzgebieten weitere Handelsabmachungen und sonstige Vereinbarungen zu treffen. Mitte März 1992 errichtete Heilongjiang in Heihe das erste Kommunikations- und Handelszentrum, das sich ausschließlich den Verbindungen zu Rußland widmen soll (Radio Heilongjiang in WER, 8.4.92).

Im Januar 1992 war es zu Gesprächen zwischen dem russischen Präsidenten Jelzin und seinem Amtskollegen Li Peng gekommen. Im Gegenzug soll der Kremlchef noch 1992 nach China reisen.

- Am 5. März 1992 wurde zwischen China und Rußland ein "Abkommen über Wirtschafts- und Handelsbeziehungen" abgeschlossen, nachdem Ende 1991 eine chinesische Regierungsdelegation in dieser Sache mit zuständigen russischen Behörden in Moskau verhandelt hatte.

U.a. sollen beide Seiten kooperative Firmen in ihren jeweiligen Ländern errichten können (XNA, 6.3.92); dies war vor allem während der Mao-Zeit ein heißes Thema gewesen.

- Auch zwischen den Militärverbänden bestehen Beziehungen. So kam z.B. am 27. April 1992 eine Militärdelegation unter der Leitung Zhao Nanqis, des Chefs der Logistikabteilung der VBA, zu einem offiziellen Besuch nach Moskau (XNA, 29.4.92). Umgekehrt empfing zur gleichen Zeit der Chef des Generalstabs, Chi Haotian, eine Delegation der russischen Luftwaffenakademien in Beijing (XNA, 29.4.92).

Trotz aller guten Zusammenarbeit gibt es freilich auch Punkte des Unbehagens zwischen beiden Seiten:

- China verübelt es der Regierung in Moskau beispielsweise, daß Jelzin im Mai 1992 die Kommunistische Partei in Rußland verboten hat, nachdem er schon Ende 1991 die Aktivitäten der KPdSU auf dem Territorium Rußlands untersagt und außerdem verordnet hatte, daß das Vermögen der KPdSU beschlagnahmt werden solle (XNA, 27.5.92). Aus chinesischer Sicht, die allerdings nicht direkt, sondern unter Anführung russischer Oppositionsmeinungen geäußert wird, verstößt diese Anordnung gegen die Verfassung.

- Ein weiteres Ärgernis ist die Taiwan-Frage: Zwar hat Rußland versichert, keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan aufzunehmen und auch keine Waffen an Taiwan zu verkaufen (so XNA, 6.3.92), doch kommt es zwischen Moskau und Taipei zu Annäherungen, die in Beijing höchst mißtrauisch betrachtet werden. So hat beispielsweise der taiwanesishe Nationale Wissenschaftsrat und das russische Ministerium für Wissenschaft und Technik Mitte März in Taipei ein Abkommen über eine Zusammenarbeit auf fünf ausgewählten Gebieten unterzeichnet. Ferner soll Taiwan Rußland beim Aufbau von Wissenschaftsparks unterstützen. Taiwan möchte umgekehrt Fertigungstechnologien für Flugzeuge und Satelliten aus Rußland beziehen. (Näheres Übersicht Rußland und Taiwan)

- Ein weiterer Punkt chinesischen Unbehagens ist der russische Versuch, eine Allianz mit dem Westen aufzubauen. Moskau hat sich in seiner Außenpolitik auf die Reihenfolge GUS-USA-Westeuropa und Japan festgelegt. Zwar hatte schon Gorbatschow im November 1990 für eine "Zusammenarbeit im Bereich der nördlichen Hemisphäre" geworben. Jelzin habe diese Politik aber noch wesentlich "radikalisiert", gebe sich weitaus "prowestlicher" als Gorbatschow und nehme Asien noch weniger ernst (BRu 1992, Nr.26, S.11 ff.). Er habe verkündet, Rußland müsse nach Europa zurückkehren, zu dem es mehr als 1000 Jahre gehört habe. Das "Liebeswerben Moskaus um den Westen" und der dort herrschende "Westtrend" sei so stark, daß inzwischen sogar der Beitritt zur NATO öffentlich diskutiert werde.

In Rußland sei es inzwischen zu einer Auseinandersetzung zwischen "Atlantikern" und "Eurasiern" gekommen.

Längerfristig freilich werde allerdings - so die tröstliche Schlußfolgerung - wohl der Nationalismus wieder erstarren, zumal dann, wenn der Westen den Hilfeerwartungen Moskaus nicht entspreche und wenn er fortfahre, Rußland als einen zweitklassigen Staat zu behandeln und Kontrolle über ihn auszuüben, vor allem in Fragen der Atomwaffen. Auch westliche Pläne, wie z.B. die des ehemaligen US-Außenministers Kissinger, zwischen dem Westen und Rußland eine Pufferzone

(bestehend aus der Ukraine und weiteren kleineren Nachfolgestaaten) zu errichten, dürften aus chinesischer Sicht für künftigen Konfliktstoff sorgen. -we-

*(5)

Beijinger Mißtrauen gegen eine Annäherung zwischen Rußland und Taiwan

Zwar hat Moskau die alte sowjetische China-Politik übernommen und der Regierung in Beijing wiederholte Male versichert, daß es keine offiziellen Beziehungen mit Taiwan aufnehmen und an Taiwan auch keine Waffen liefern wolle (so XNA, 6.3.92); doch betrachtet die Regierung der VR China nach wie vor die Aktivitäten von Taiwan-Vertretern in Rußland und anderen Nachfolgestaaten der UdSSR mit Sorgen. Fast den ganzen April 1992 über hielt sich der taiwanesishe Vizeaußenminister "John" Zhang in Rußland, der Ukraine und zwei anderen GUS-Staaten auf.

U.a. verschenkte die Republik China an Rußland 100.000 t Reis, an die Ukraine medizinische Geräte und an Weißrußland Medizinhilfe in Höhe von 500.000 US\$ (CNA Taiwan in SWB, 22.4.92).

Darüber hinaus wurde zwischen dem Nationalen Wissenschaftsrat der RCh und dem russischen Ministerium für Wissenschaft und Technik ein Abkommen über eine Zusammenarbeit auf fünf ausgewählten Gebieten unterzeichnet. Außerdem will Taiwan seinen neuen Partner Rußland beim Aufbau von Wissenschaftsparks unterstützen, und zwar im Bereich Hochtemperatur-Supraleitungen, Fahrzeugmotoren mit niedrigem Schadstoffverbrauch, Optoelektronik, Lasermedizin und Hochleistungsakkumulatoren für Elektroautos. Umgekehrt will Taiwan aus Rußland Fertigungstechnologien für Flugzeuge und Satelliten beziehen.

Mitte April 1992 haben außerdem zwei offizielle Vertreter Rußlands, nämlich Leonid Tscheschinsky, der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Getreideversorgung, und Alexandr Glistow, der Minister für Handel und Materialversorgung, eine Woche lang Taipei besucht (CNA Taipei in SWB, 22.4.92).

Nachdem Taiwan Mitte Februar in Riga bereits ein Generalkonsulat eröffnet und damit den Protest der VRCh aus-

gelöst hatte (XNA, 26.2.92), ist man in Beijing noch mißtrauischer geworden! -we-

*(6)

China kritisiert die Entsendung japanischer Blauhelmverbände

Am 11.Juni 1992 forderte Beijing die Regierung in Tokyo auf, in der Frage der Entsendung von Blauhelmverbänden Zurückhaltung an den Tag zu legen. Aus historischen Gründen müsse Japan für die Sorgen seiner Nachbarn, die einst von japanischen Verbänden überfallen wurden, Verständnis haben (XNA, 1.6.92).

Gleichwohl verabschiedete das japanische Unterhaus am 15.Juni ein Gesetz, das zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Möglichkeit schafft, japanische Truppen wieder ins Ausland zu entsenden. Mit dem Gesetz soll es der Regierung ermöglicht werden, bis zu 2.000 Soldaten der Verteidigungstruppen im Rahmen von UNO-Einsätzen für Logistik, medizinische Versorgung und andere Aufgaben ohne Waffeneinsatz nach Übersee zu entsenden.

Dieses Gesetz, das 18 Monate lang vorbereitet wurde und in der Innenpolitik Japans hohe Wellen geschlagen hatte, war die Antwort vor allem auf amerikanische Kritik, derzufolge Japan die Verteidigung seiner Sicherheit immer anderen überlasse. Zum Golfkrieg hatte Japan zwar 13 Mrd.US\$ beigesteuert, doch war dieses Verhalten als "Scheckbuchdiplomatie" kritisiert worden.

Innenpolitische Kritiker des neuen Gesetzes gehen davon aus, daß das "Peace Corps-Gesetz" die pazifistische Nachkriegsverfassung Japans verletze, die ja bekanntlich militärische Mittel zur Lösung internationaler Konflikte prinzipiell verboten hat.

Nicht nur China, sondern auch andere ehemals von japanischen Truppen besetzte Länder äußerten ihre Besorgnis, nämlich die Philippinen, Indonesien, Singapur und vor allem Südkorea.

Sie alle - auch China mit seiner Ermahnung vom 11.Juni - konnten das neue Gesetz jedoch nicht verhindern.

Japan wird sich nun bemühen müssen, durch zurückhaltende Handhabung des neuen Gesetzes die Nachbarn zu beruhigen. -we-

*(7)

Nebenergebnis der Außenpolitik: Der Tourismus hat sich von seinen 1989er Rückschlägen erholt

Am 1.Januar 1992 erklärte Staatspräsident Yang Shangkun 1992 zum "Freundschafts- und Tourismusjahr Chinas".

Nach der touristischen Flaute, die dem 4.Juni 1989 gefolgt war, hat sich der Tourismus schnell wieder erholen können. 1991 besuchten 33,3 Millionen Touristen die Volksrepublik - eine Zunahme von 5,2% gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 1988. Die meisten Besucher waren nach wie vor "Landsleute aus Hongkong und Macau", aus Taiwan und aus den Überseegemeinden. 4,9 Millionen Besucher jedoch (= +46,7% gegenüber 1988) waren Ausländer. 1991 erwirtschaftete China mit seinem Tourismus 2,84 Mrd.US\$ (= +26,4% gegenüber 1988).

Auch der Inlandstourismus florierte: 1991 gingen nicht weniger als 300 Millionen Chinesen in ihrem eigenen Land auf Reisen - ein einsamer Rekord in der bisherigen Geschichte.

Der Aufschwung des Tourismus i.J. 1991 hat mehrere Gründe: Zum einen fiel eine Reihe von klassischen Touristengebieten wegen Unruhen oder Regen aus - der klassische Fall für die erstere Variante war beispielsweise Jugoslawien.

Außerdem hat sich die Verbesserung der Dienstleistungen und die Werbung der VR China bezahlt gemacht. Die CAAC beispielsweise hat ihren Flugzeugpark erneuert und verfügte bereits Ende 1991 über 226 größtenteils moderne Passagierflugzeuge. Bis Ende 1991 gab es im Land 451 Fluglinien, darunter 52 internationale Verbindungen, die in mehr als 300 ausländische Städte in insgesamt 30 Ländern führen. Allein nach Hongkong bestehen in der Zwischenzeit 20 Linien für den regelmäßigen Charterbetrieb. Ausgebaut wurde auch der Eisenbahnverkehr und die Flußschifffahrt sowie das Hotelwesen. Inzwischen wurden beispielsweise 800 Hotels mit einem oder mehreren Sternen ausgezeichnet. Ferner gibt es in der Zwischenzeit vier Fachhochschulen und Fachschulen für Tourismuswesen sowie 271 Tourismus-Berufsschulen.

Außerdem wurden zahlreiche Gesetze erlassen, die zur Sicherheit des Tourismus beitragen sollen, so z.B. 1990 Verordnungen über "Methoden der Sicherheitsverwaltung im Tourismus" und "Bestimmungen zur Versicherung bei unerwarteten Unfällen überseeischer Touristen während ihrer Reise in China". Auf der Grundlage dieser Vorschriften gingen Polizei und Justizabteilungen gegen Personen und Institutionen vor, die wegen überhöhter Gebühren oder wegen kleinerer Betrügereien beschuldigt worden waren.

Angeboten werden inzwischen zahlreiche Sonderreiserouten, z.B. Pilgerreisen zu den vier bekannten buddhistischen Bergen, Kochseminare, Flitterwochenreisen usw. -we-

Innenpolitik

*(8)

Li Xiannian verstorben

Am 21. Juni 1992 verstarb im Alter von 83 Jahren der langjährige Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Li Xiannian (RMRB, 23.6.92). Der gelernte Zimmermann war von Mitte der 50er Jahre bis Anfang der 80er Jahre einer der wichtigsten Wirtschaftspolitiker Chinas. Zusammen mit Chen Yun war Li ein Protagonist der zentralen Planwirtschaft. Als einer der führenden Vertreter der staatlichen Industrie- und Planungsbürokratie wandte sich Li Xiannian sowohl gegen den linksradikalen Voluntarismus der Maoisten in den 60er und 70er Jahren als auch gegen die marktwirtschaftlich orientierten Reformen der "rechten" Kräfte um Deng Xiaoping in den 80er Jahren. Lis Funktion und Machtbasis waren so bedeutend, daß er die Kulturrevolution völlig unbeschadet überstand: Er gehörte von 1945 bis 1987 durchgängig dem Zentralkomitee der KPCh an, seit 1956 auch dem Politbüro und seit 1977 sogar dem Ständigen Ausschuß des Politbüros. Darüber hinaus bekleidete Li Xiannian auch noch folgende Ämter über einen längeren Zeitraum: Stellvertretender Ministerpräsident (1954-1980), Finanzminister (1957-1975), Direktor des Büros des Staatsrats für Handel und